

Name, Vorname:

Strasse, Nr:

PLZ/Ort:

Frau Bundespräsidentin
Doris Leuthard
Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation UVEK
Kochergasse 6
3003 Bern
info@gs-uvek.admin.ch

**Betrifft: Anwendung des Vorsorgeprinzips für das Herbizid Roundup und seinen Hauptwirkstoff
Glyphosat**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,

Das Bundesamt für Umwelt, dem Sie vorstehen, hat dieser Tage entschieden, dass die Belastung unserer Gewässer durch Glyphosat künftig 3'600 mal höher sein darf als heute. Die EU hat fast gleichzeitig beschlossen, die Verwendung dieses Gifts für weitere fünf Jahre zuzulassen. Dabei haben Medien und verschiedene Grundlagenberichte wie zum Beispiel die Broschüre „Ökozid – Konzerne unter Anklage“ breit über die dramatischen Folgen der Verwendung des Herbizids Roundup und seines Hauptwirkstoffs Glyphosat in der Landwirtschaft informiert. Während des Internationalen Monsanto-Tribunals, das am 15. und 16. Oktober 2016 in Den Haag tagte, bezeugten zahlreiche Betroffene aus der ganzen Welt die gravierenden Auswirkungen dieses Herbizids auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Die sehr berührenden Aussagen wurden gefilmt und können auf der Webseite www.monsanto-tribunal.org/multimedia eingesehen werden.

Im März 2017 veröffentlichte die amerikanische Justiz die « Monsanto papers » – mehr als 250 Seiten interner Korrespondenz des Konzerns. Diese beweisen, dass das Unternehmen Monsanto über die Krebsrisiken des Herbizids Roundup bestens informiert war. Eine Kollektivklage von mehreren Hundert LandarbeiterInnen, die an einer Form von Blutkrebs (Non-Hodgkin-Lymphom) erkrankten, führten zur Publikation dieser Dokumente. Diese zeigten auch auf, dass der Entscheid, das Herbizid Roundup zu genehmigen, zu einem grossen Teil auf Studien beruhte, die von Monsanto beeinflusst oder gar geschrieben wurden. Andererseits bestätigten Zeugenaussagen am Monsanto-Tribunal, dass bei der europäischen Genehmigung des Herbizids Roundup zahlreiche Studien, welche die krebserzeugende Wirkung von Roundup belegen, nicht berücksichtigt wurden.

In der Schweiz werden jährlich 300 Tonnen Roundup verwendet. Die Konsequenzen dieses massiven Einsatzes auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt können wir nicht abschätzen. Heute schon wurden auch in der Schweiz in zahlreichen Flüssen, im Grundwasser, ja sogar in Lebensmitteln Spuren von Glyphosat – eine Substanz, die von der WHO als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft wird – gefunden.

Die weitere Verwendung von Roundup und die Erhöhung der Grenzwerte von Glyphosat in unseren Gewässern ist nicht vertretbar. Deshalb fordere ich im Namen des Vorsorgeprinzips den Bundesrat auf:

- ab sofort die Vermarktung und Verwendung von Roundup und anderen Produkten, die Glyphosat enthalten, auf dem Schweizer Territorium zu verbieten;
- Bäuerinnen und Bauern in der Übergangsphase zu einer ökologischeren Landwirtschaft zu unterstützen.

Sicher verstehen Sie meine Besorgnis und diejenige grosser Teile der Zivilgesellschaft.

Mit freundlichen Grüssen

Datum

Unterschrift